

Zum Ausschneiden
und Sammeln

Erbschaftsteuer
Erbschaftsteuer
Freihandel
Freihandel
Pauschalreisen
Pauschalreisen
Terms of trade
Terms of trade
Unternehmergesellschaft
Unternehmergesellschaft
Warentest
Warentest
Wissensmanagement
Wissensmanagement

von Prof. Dr. Dietmar Krafft
unter Mitarbeit von
Dr. Claudia Wiepcke

In Deutschland werden in den kommenden Jahren viele Milliarden Euro zwischen Vater und Mutter oder von diesen an Kinder bzw. andere Verwandte vererbt werden. Bei vielen Todesfällen kommt es sehr schnell nach der Beerdigung zu unschönen Streitszenen über die Verteilung des Vermögens des Toten. Wem die wertvolle Bildersammlung oder das Ferienhaus in Mallorca, das Sportgeschäft oder die Aktien im Depot des Verstorbenen zustehen, sollte in einem Testament klar dargelegt sein. Ist dies nicht der Fall, dann vergiften langwierige Auseinandersetzungen den Familienfrieden und die Beziehungen zwischen allen Verwandten und evtl. sonstigen Erbberechtigten. Dies ist nur eine der schlimmen Folgen, die das wirklich tragische Ereignis des Todes begleiten. Eine weitere ergibt sich nach dem Streit um das Vermögen durch den Zugriff des Staates, der an der Erbschaft ebenfalls beteiligt sein will. Schon seit vielen Jahrhunderten gibt es verschiedenste Formen dieser Beteiligung, sei es als Gebühr für staatliche Dienste im Zusammenhang mit dem Sterbefall (z.B. Urkundenabgaben) oder als allgemeinen steuerlichen Anspruch. Inzwischen ist die **Erbschaftsteuer** nicht nur als selbstverständlich eingeführt, sondern als **Schenkungsteuer** auch erweitert worden. Der Staat beteiligt sich damit nicht nur bei der Vermögensübertragung des Toten an seine Erben, sondern auch bei einer Übertragung des noch Lebenden.

Erbschaftsteuer wird als „Erbanfallsteuer“ erhoben, d.h. nicht als Steuer auf das Vermögen des Toten, sondern auf den Erwerb (Vermögenszuwachs) eines Erben. Damit diese Steuer nicht umgangen wird, indem das Vermögen vor dem Tod übertragen wird, ist sie durch eine Schenkungsteuer ergänzt.

Ein neues Erbschaftsteuergesetz (mit Einbeziehung der Schenkungsteuer) ist in Deutschland seit 1. Januar 2009 gültig. Es beschreibt vor allem in vielen Einzelheiten die Regeln bei der Vererbung (im Todesfall) und Schenkung von Immobilien (Grundstücke, Häuser, Wohnungen) und daneben aber auch die von Gegenständen aller Art (Hausrat, Wertpapiere, Geld, Edelsteine u.a.m.) und nicht zuletzt auch die Bedingungen bei der Übertragung von Unternehmungen (Betriebsvermögen) an Erben. Dabei gilt im Grundsatz für alle diese Dinge, dass ihr Wert nach gesetzlichen Vorschriften geschätzt wird und das Ergebnis dann mit einheitlichen Prozentsätzen für alle Vermögenswerte bei Erbschaft und Schenkung besteuert wird. Die Steuersätze sind aber von der Höhe des Erbes und von dem Status der Erben (die in 3 Klassen je nach Nähe zum Verstorbenen) eingeteilt sind) abhängig.

Die 3 Klassen sind:

Klasse I: Bei Erbschaft und Schenkung: Eheleute, Kinder, Stiefkinder, Enkelkinder.
Bei Schenkung auch Eltern und Voreltern

Klasse II: Bei Erbschaft und Schenkung: Geschwister, Halbgeschwister, Geschwisterkinder, Stiefeltern, Schwiegerkinder, Schwiegereltern und geschiedene Ehegatten
Bei Erbschaft auch Eltern und Voreltern

Klasse III: Alle sonstigen Erben oder Beschenkten.

Freihandel

Als Kurt im Supermarkt für seine Mutter einkauft, bemerkt er, wie viele ausländische Produkte in den Regalen zur Auswahl stehen. Er erinnert sich an seinen Wirtschaftslehreunterricht, in dem es unter anderem auch um Außenhandel (Handel mit anderen Ländern) ging. Die Lehrerin stellte damals als zwei gegensätzliche Leitbilder für die Wirtschaftspolitik, den Freihandel und den Protektionismus (s. MARKT 37), dar.

Freihandel bedeutet, dass es keine staatlichen Einschränkungen und Behinderungen im internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr gibt.

Der Ursprung des Freihandels liegt im Liberalismus (s. MARKT 39). Insbesondere England war zu Beginn der Industrialisierung als Insel mit geringer Landwirtschaft, aber zunehmender Industrie sehr am Außenhandel mit anderen Ländern interessiert. So stellten schon in der Zeit zwischen 1775 und 1825 die englischen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo in ihren Schriften die Vorteile des Außenhandels heraus. Sie wandten sich damit gegen die Vertreter des Merkantilismus (s. MARKT 39), die für Beschränkungen des Außenhandels, insbesondere bei Importen, plädierten. Seit dieser Zeit gibt es ständig Kontroversen zwischen Wirtschaftspolitikern, von denen eine Gruppe für den Freihandel eintritt und in ihm das Ideal für die Weltwirtschaft, sieht, und eine andere auf den Verlust von Arbeitsplätzen durch Importe aus anderen Ländern hinweist, die beschränkt werden sollten. Weltweit betrachtet kommen nur wenige Länder dem Zustand des völligen Freihandels nahe. Allerdings gibt es vielfältige Freihandelszonen, Zollunionen und Gemeinsame Märkte bis hin zur Wirtschaftsunion wie in der EU, in denen regional die Vorteile des Freihandels realisiert werden.

Vorteile des Freihandels

Ein freier internationaler Handel begünstigt den Wettbewerb zwischen den Anbietern und somit auch den technischen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum. Dies ist auch Ziel des Weltzoll- und Handelsabkommens (GATT) sowie der Welthandelsorganisation (WTO). Freihandel ermöglicht dabei zunächst die Befriedigung von Nachfrage der Haushalte und Unternehmen, die nicht durch inländische Produktion gedeckt werden kann. So kann Kurt für seine Mutter Kaffee kaufen, obwohl dieser in Deutschland nicht angebaut wird. Das Gleiche gilt für Unternehmen, deren Produktion von Rohstoffen abhängt, die im eigenen Land nicht vorkommen. Darüber hinaus ist aber der Außenhandel auch vielfach vorteilhaft, um in einem Land Güter kostengünstiger zu produzieren als in einem anderen, das dafür andere Güter mit weniger Ressourceneinsatz herstellen und als Gegenleistung liefern kann.

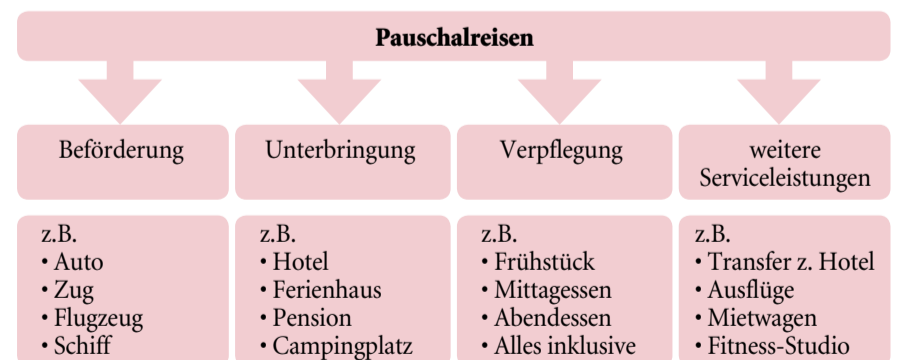
Kurt denkt daran, wie es wohl wäre, wenn alle ausländischen Produkte im Supermarkt wegfallen würden. Das Angebot würde sehr stark schrumpfen und die Auswahl wäre geringer. Dazu kommt: Wenn ein Land ein Gut nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für andere Länder produziert, werden die Produkte wegen größerer Produktionsmengen meist kostengünstiger herzustellen sein. Der weltweite Handel sorgt auch dafür, dass bei der Vielzahl von ausländischen Anbietern (Kurt findet Kaffee aus Afrika, Chile und Brasilien) der Wettbewerb zum Nutzen der Verbraucher intensiver wird.

Pauschalreisen

Ob Sommer oder Winter: Sobald in Deutschland die Schulferien beginnen, fahren viele Familien in den Urlaub. Manche verreisen innerhalb von Deutschland, z.B. an die Nord- und Ostsee oder in die Alpen, andere fliegen ans Meer ins Ausland oder buchen Städtereisen. Um zu verreisen, holen die Familien meist Reiseangebote ein. Sie gehen entweder ins Reisebüro oder suchen einen passenden Urlaub im Internet. Dabei wird darauf geachtet, dass die Urlaubsbuchung einfach und schnell vonstatten geht und dass man viel Komfort zu niedrigen Preisen erhält. Aus diesem Grund buchen Familien in der Regel eine Pauschalreise.

Pauschalreisen sind Reisen eines Reiseveranstalters, die eine Vielzahl an Leistungen zu einem einheitlichen Gesamtpreis versprechen.

Pauschalreisen entstehen, wenn Personen die verreisen wollen, bei einem Reiseveranstalter eine Reise in einem ganzen Paket buchen und einen einheitlichen Preis (Pauschalpreis) dafür bezahlen. In diesem Reisepaket sind in der Regel die Hauptreiseleistungen wie die Beförderung (Flug, Bahn, Bus, Schiff), die Unterbringung (Hotel, Pension, Ferienhaus oder Campingplatz) sowie häufig auch die Verpflegung enthalten. Zusätzlich kann das Reisepaket auch andere Serviceangebote wie den Transfer vom Flughafen zum Hotel, Ausflugsmöglichkeiten oder einen Mietwagen enthalten. Es werden also mehrere Reiseleistungen miteinander verknüpft und den Reisenden angeboten.



Es gibt zwei Arten von Pauschalreisen. Zum einen gibt es die **Vollpauschalreisen**. Bei ihnen sind alle Hauptreiseleistungen im Preis inklusive. Zum anderen gibt es die **Teilpauschalreisen**. Hier sind lediglich einzelne Teile der Hauptreiseleistungen im Preis inbegriffen, z.B. nur Flug und Übernachtung. Um die Verpflegung und andere Serviceleistungen müssen sich die Reisenden dann selbst kümmern.

Vorteile von Pauschalreisen

Pauschalreisen bieten für Reisende den Vorteil einer bequemen und unkomplizierten Reisebuchung. Sie müssen sich nicht um jedes Detail wie Fahrt, Unterbringung und Ausflüge selber kümmern. Der Reiseveranstalter koordiniert und plant die gesamte Reise. Im Vergleich zu einer Individualreise (bei der man jede Leistung selber

Erbschaftsteuer

Alle diese haben unterschiedlich hohe Freibeträge, d.h., bei Erbe oder Schenkung bleiben steuerfrei:

- 500.000 € bei Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartnern
- 400.000 € bei Kindern und Kindern verstorbener Kinder
- 200.000 € bei Enkeln
- 100.000 € für die übrigen Personen der Klasse I
- 20.000 € für Personen der Klasse II und III

Hinzu kommen – aber nur bei Erbschaft, also im Todesfall –

- 256.000 € für Ehegatten bzw. eingetragene Lebenspartner
- 52.000 € bis 10.300 € je nach Lebensalter, für Kinder bis zu 27 Jahren

Wenn also ein Mann stirbt, der ein Haus im Wert von 600.000 € und Hausrat von 156.000 € besitzt, dann bleibt seine Frau als Alleinerbin steuerfrei. Sobald die Erbschaft höher ist, müssen von ihr nach folgender Tabelle Erbschaftsteuern gezahlt werden:

Steuerpflichtiger Erwerb (nach Abzug von Freibetrag)				
	Steuern in %	Klasse I	Klasse II	Klasse III
bis 75.000 €	7	30	30	30
bis 300.000 €	11	30	30	30
bis 600.000 €	15	30	30	30
bis 6.000.000 €	19	30	30	30
bis 13.000.000 €	23	50	50	50
bis 26.000.000 €	27	50	50	50
über 26.000.000 €	30	50	50	50

Neben diesen einheitlichen Regeln gibt es noch eine Vielzahl von Besonderheiten, z.B. dass das Erbe einer Wohnung bei Ehegatten oder Lebenspartnern und auch bei Kindern u.U. völlig steuerfrei bleibt, wenn die Wohnung mindestens 10 Jahre selbst zu Wohnzwecken genutzt wird. Auch für die Erben von Betriebsvermögen oder land- und forstwirtschaftlichem Vermögen gibt es eine Reihe von steuerlichen Entlastungen, wenn der Betrieb mindestens zwischen 7 – 10 Jahren mit einer bestimmten Menge von Mitarbeitern weiterläuft, wobei die Mitarbeiter nicht nach der Zahl, sondern nach der Summe aller gezahlten Löhne gerechnet werden. Viele andere Besonderheiten, die hier nicht aufgezählt werden können, sind dabei noch zu berücksichtigen.

Wie man an diesen vielfältigen Regeln sehen kann, wird hier versucht, Lösungen zu finden, nach denen der Staat einerseits seine Einnahmen aufbessern will, andererseits die Bevölkerung nicht durch zu hohe Abgaben verprellt und zur Verschwendung statt Vererbung des Vermögens anreizt. Das Problem ist bei der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung und den in der Nachkriegszeit geschaffenen Werten sehr brisant, denn die Menge von Erbschaften wird in den nächsten Jahren stark ansteigen.

Pauschalreisen

plant und bucht) ergeben sich bei der Pauschalreise Preisvorteile. Zudem verfügen Reisende über eine bessere Absicherung, da sie gegen das Risiko einer Insolvenz des Reiseveranstalters (innerhalb der Europäischen Union) abgesichert sind. Sie bekommen vom Reiseveranstalter bei Buchung einen sogenannten Reisesicherungsschein, der gesetzliche Informationen über die Versicherung gegen das Risiko der Insolvenz enthält. Ist die Pauschalreise eine Rundreise, bei der der Besuch mehrerer Orte auf dem Reiseplan steht, besteht ein Vorteil darin, dass die wichtigsten Sehenswürdigkeiten bereits herausgesucht, die Restaurants in den unterschiedlichen Orten reserviert, die Busfahrten und die Reiseleitung organisiert sind. Bei einer Individualreise müssten sich die Reisenden die Reisepläne selber erstellen, Fahrzeiten recherchieren und die Literatur nach dortigen Sehenswürdigkeiten studieren. Ist die Pauschalreise eine Gruppenreise, hat sie auch einen gesellschaftlich-sozialen Vorteil. Reisende haben die Möglichkeit, ihre Mitreisenden kennenzulernen, Kontakte zur knüpfen und sich auszutauschen.

Nicht nur Reisende profitieren von einem Gesamtpaket im Rahmen der Pauschalreise. Auch die Touristikwirtschaft erreicht dadurch Planungssicherheit. Da in der Regel Beförderung und Unterkunft gemeinsam und mehrere Monate im Voraus gebucht werden, kann der Reiseveranstalter entsprechende Kontingente zu günstigeren Konditionen buchen. Planungssicherheit besteht auch für andere Unternehmen, da sie ihre Hotel- bzw. Flugauslastung besser organisieren können.

Nachteile von Pauschalreisen

Nachteile bestehen darin, dass Pauschalreisen i.d.R. wenig flexibel sind. Da Reiseroute, Orte und Zeiten genau festgelegt sind, haben Reisende wenig Möglichkeiten, ihren Urlaub selbst zu gestalten bzw. zu verändern. Sind einige Sehenswürdigkeiten vom Reiseveranstalter auf einer Rundreise nicht mit eingeplant, kann es passieren, dass man sehenswerte Reiseziele nicht kennenlernt. Will man kurzfristig eine Reise buchen (Last Minute) kann es passieren, dass Reiseveranstalter kurzfristig verfügbare Angebote der Hotels nicht berücksichtigen können. Die individuelle Buchung des Hotels, ist über eine Pauschalreise in dem Fall nicht mehr möglich.

Die Ausführungen zeigen, dass Pauschalreisen viele Vorteile und Bequemlichkeiten bieten. Bevorzugt eine Familie jedoch einen individuellen und abenteuerlustigen Urlaub, ist die Pauschalreise nicht zu wählen. Das Angebot von Pauschalreisen ist sehr groß und zum Teil unüberschaubar. Wichtig ist, dass verschiedene Angebote miteinander verglichen werden. Unter Umständen kann dieselbe Pauschalreise im Reisebüro teurer als im Internet angeboten werden.

Für deutsche Urlauber in grenznahen Gebieten ist u.U. auch die Buchung solcher Reisen in einem Reisebüro des Nachbarlandes interessant, weil häufig die Preise der Pauschalreisen dort bei gleicher Qualität des Angebotes niedriger liegen.

MARKT Lexikon

Herausgegeben vom



© 2009 GOETHE-INSTITUT. Alle Rechte vorbehalten. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nicht gestattet. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Herausgebers in irgendeiner Form reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden. Bisher erschienene Begriffe im MARKT-Lexikon:

ABC-Analyse	36	Fiskalpolitik	37	Pflegeversicherung	22
Absetzung für Abnutzung (AfA)	44	Fusion	25	Preisniveau	29
Aktienfonds	24	Fusionskontrolle	16	Preispolitik	23
Aktienindex	21	Geldpolitik	20	Private Hochschulen in Deutschland	45
Altersvorsorge	44	Geschäftsbriefe	43	Produktlebenszyklus	21
Allgemeine Geschäftsbedingungen	38	Geschäftsprozessmodellierung	37	Projektmanagement	37
Angebotsorient. Wirtschaftspolitik	23	Gesprächsstrategien	18	Protektionismus	37
Arbeitsmarktpolitik	36	Globalisierung	28	Publizitätspflicht	40
Arbeitsvertrag	44	Grundpfandrecht	30	Qualitätsmanagement	37
Arbeitszeitverkürzung	28	Gewinnmaximierung - ja o. nein	21	Rating	30
Aufbauorganisation	18	Humankapital	35	Rechnungslegung	40
Auftragsbearbeitung	18	Hochschulzulassung	45	Rechnungswesen	17
Ausperrung	20	IFRS - International Financial Standards	40	Rentenfonds	24
Außenwirtschaftspolitik	16	Immobilienfonds	21	Rentenversicherung	22
Bankenkrise	43	Immobilienwirtschaft	46	Rücklagen	25
Bankensystem	29	Inflation	16	Schattenwirtschaft	32
Basel II	30	Innenfinanzierung	44	Schlüsselqualifikationen	17
Bausparen	32	Innovationen	30	Schwarzarbeit	32
Betriebswirtschaftl. Kennzahlen	16	Innovationsmanagement	39	Soziale Marktwirtschaft	21
Bilanzanalyse	19	Insolvenz	28	Sozialhilfe	22 + 25
Bildungsökonomie	31	Investmentfonds	24	Sozialversicherung	22
Bildungscontrolling	31	Jahresabschluss	19	Staatsverschuldung	36
Brainstorming	17	Kaizen	31	Stabilitätspakt	35
Break-Even-Point	17	Kaufvertrag	16	Stabilisierungspolitik	21
Bürgerschaft	26	Körperschaftsteuer	23	Studienkosten	45
Call Center	28	Kompetenzmanagement	38	Studien- und Semesterbeiträge	45
Charttechnik	24	Konvergenzkriterien	35	Subventionen	26
Controlling	17	Korruption	26	Szenario-Technik	38
Corporate Governance	40	Kosten	19	Testmarkt	44
Corporate Identity	18	Krankenversicherung	22	Tourismus	32
Das Deutsche Hochschulsystem	45	Kreativitätstechnik	45	Transferpreise (Verrechnungspreise)	40
Das Studentenwerk	45	Lebensversicherung	43	Transaktionen	24
Deckungsbeitrag	17	Liberalismus	39	Umsatzsteuer - Mehrwertsteuer	12+23
Demografie	39	Liquidität	23	Umweltmanagement	27
Dienstvertrag	36	Lissabon-Strategie	35	Umweltzertifikate	27
Die Berufswahl - Ein Glücksspiel	38	Limited	43	Unfallversicherung	22
Diversifikation	43	LKW-Maut	28	Unternehmertum	39
Diversity Management	35	Markenartikel	20	Unternehmenszusammenschlüsse	18
EBIT	44	Marktformen	26	Urheberrecht	30
E-Commerce / E-Business	28	Marktsteuerung	36	Verbraucherorientierung	31
Einkommensteuer	23	Merkantilismus	39	Verhandlungstechnik	39
E-Learning / Blended Learning	31	Mindestlohn	44	Vermögensarten	25
Electronic-Banking	43	Mobbing	20	Vermögensbildung	29
Employability	35	Mobilität	25	Vollkostenkalkulation	25
EU-Osterweiterung	29	Monopol	26	Wirtschaftsethik	37
Europäische Bildungsreform	45	Motivation	20	Wirtschaftsförderung	32
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	29	Multiplikatorprozess	39	Wirtschaftskultur	40
Europäische Zentralbank	20	Nachhaltigkeit	38	Wirtschaftsprüfung	40
Existenzgründung	29	NAFTA	31	Windenergie	27
Externe Effekte	27	New Economy	21	Währungssysteme	26
Externe Kosten	16	Nutzwertanalyse	37	Wechsel	20
Externes u. internes Rechnungswesen	19	Öffentliche Güter	23	Werkvertrag	36
Federal Reserve Bank	32	Ökosteuer	27	Wettbewerbsbeschränkungen	26
Fertigungsplanung	19	ÖKOD	16	Wissensbilanz	36
Finanzausgleich	30	OPEC	30	Work-Life-Balance	35
Finanzbuchhaltung	19	Opportunitätskosten	24	WTO	29
Finanzierung	38	Outsourcing	27	Zeitarbeit	28
		Personalplanung	19	Zielkostenrechnung	31

Freihandel

Nachteile des Freihandels

Nachteile aus Freihandel können sich für Industrien in Entwicklungsländern ergeben, die daher meist den Protektionismus befürworten. Dies war bei beginnender Industrialisierung selbst in Deutschland der Fall, als es bei der industriellen Entwicklung hinter England zurücklag. Mit Hilfe des Protektionismus wird dann versucht, die eigene Industrie, die sich noch im Aufbau befindet, vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Würde ein Land Freihandel betreiben, könnte es sich unter Umständen nicht gegen ausländische Produkte, die qualitativ höherwertiger und zu niedrigeren Kosten hergestellt wurden, behaupten. Beispiele wie Chile zeigen allerdings auch, dass die Öffnung der Volkswirtschaft zugunsten des Freihandels zu weitaus größerem Wirtschaftswachstum und Wohlstand beitragen kann als die Handelspolitik des Protektionismus.

Volkswirtschaften, die sich für die Handelspolitik des Freihandels entschieden haben, sind durch starke Importe und Exporte gekennzeichnet. Stellt sich eine inländische Wirtschaft darauf ein, bestimmte Güter zu importieren, verzichtet sie oft, diese Güter selber herzustellen. Daneben plant sie, dass bestimmte Güter und Gütermengen exportiert werden, und baut entsprechende Produktionskapazitäten auf. Dadurch können starke wirtschaftliche Abhängigkeiten zwischen den Import- und Exportländern entstehen. Kann dann ein Land aufgrund einer Krisensituation nicht mehr die geplanten Güter ins Ausland exportieren, führt dies bei den bisherigen Kunden zu Schwierigkeiten. Gleiche Konsequenzen ergeben sich für das Exportland, wenn in einem Importland die Nachfrage zurückgeht. Das Exportland muss dann die Produktion zurückfahren und leidet u.U. als Folge unter Arbeitslosigkeit.

Neben diesen wirtschaftlichen Abhängigkeiten kann es auch zu politischen Abhängigkeiten kommen, indem die Belieferung aus dem Ausland wegen politischer Zielsetzungen gestoppt werden könnte.

Vor- und Nachteile des Freihandels im Überblick

Freihandel	
Vorteile	Nachteile
• Ermöglicht ein größeres Produktsortiment	• Wirtschaftliche Abhängigkeit von Liefer- und Abnehmerländern
• Ermöglicht eine bessere Güterversorgung	• Auswirkung auf das Volkseinkommen und die Geldwertstabilität
• Realisierung niedrigerer Preise	• Gefährdung inländischer Betriebe und Wirtschaftszweige möglich (Entwicklungsländer)
• Stückkostenreduktion durch Massenproduktion	• Gefahr von politischen Abhängigkeiten
• Größerer Wettbewerb durch größere Zahl von Anbietern	
• Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen	
• Beitrag zur Stärkung und Erhaltung von Frieden sowie zur Völkerverständigung	

Quelle: Albers, Hans-Jürgen 2008: Volkswirtschaftslehre, Haan-Gruiten.

Terms of trade

Pedro in Valencia ist vielseitig begabt. Er bewirtschaftet große Zitrusplantagen zwischen Alicante und Valencia und betreibt zwei Autohäuser in diesen beiden Städten, in denen er importierte englische PKWs an seine Landsleute verkauft. Das Geld für den Einkauf der Autos in England beschafft er sich durch den Orangen- und Zitronenverkauf in England. Bisher bekam er 10 £ für eine Kiste Obst mit 20 kg. Für ein Auto musste er im Durchschnitt 25.000 £ bezahlen, d.h. er musste ca. 2.500 Kisten Obst liefern, um einen Wagen kaufen zu können.

$$\frac{25.000 \text{ £ je PKW}}{10 \text{ £ je Obstkiste}} = 2.500 \text{ Kisten je PKW}$$

In den letzten Monaten ist aufgrund der schlechten Situation in der Automobilindustrie eine neue Lage entstanden. Weil sich beim Obstabsatz kaum eine Veränderung zeigt, sieht die Situation für Pedro nun so aus

$$\frac{20.000 \text{ £ / PKW}}{10 \text{ £ / Obstkiste}} = 2.000 \text{ Kisten je PKW}$$

Während er bisher bei einer ins Ausland verkauften Obsternte von 500.000 Kisten im Jahr 200 PKW importieren konnte, sind es nun 250 PKW.

Was Pedro erlebt, ist, dass sich die Terms of Trade zwischen England und Spanien zu Gunsten von Spanien verändert haben.

Die Terms of Trade sind der Maßstab für die realen Austauschverhältnisse von Gütern im internationalen Handel

Wenn die Gütermenge, die ein Land beim Import erhält, bei gleichbleibender Menge der Exporte steigt, sind die Terms of Trade aus der Sicht dieses Landes gestiegen. Man kann auch sagen, dass dieses Land für seine Exportgüter eine größere Menge von Importgütern erhält, ohne dass sich der Einsatz der eigenen Ressourcen oder die Produktivität erhöht haben. Dabei werden die Import- und die Exportpreise eines Warenkorbs, der die zwischen zwei Ländern gehandelten Güterarten und -mengen berücksichtigt, gewichtet, wie es auch beim Preisindex der Lebenshaltung in der Bundesrepublik geschieht.¹

Im internationalen Handel war in der Nachkriegszeit bis in die 90er-Jahre festzustellen, dass sich die Terms of Trade der Entwicklungsländer, die vorwiegend Rohstoffe sowie einfache Handwerks- und Industrieprodukte exportierten, langfristig verschlechterten. Inzwischen sind viele Wechsel der Entwicklung der Terms of Trade zu beobachten, die sehr stark von dem Wachstum in den asiatischen Volkswirtschaften beeinflusst werden. Die mengenmäßig und bei Entwicklungssprüngen einzelner Branchen schwankenden Wachstumsraten in Indien, China, Südkorea u.a.m. führen weltweit – vor allem in Afrika – zu sich ständig verändernden Nachfrageschüben bei Rohstoffen, wodurch die Preise starken Veränderungen unterliegen.

¹ vgl. Preisindex, MARKT 46

Die Unternehmungsgesellschaft (UG)

Die Unternehmungsgesellschaft (UG) ist eine Sonderform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Seit dem 1. November 2008 gibt es sie in der Bundesrepublik Deutschland.

Man nennt sie auch die „Mini-GmbH“, weil die Anforderungen an die Gründung einer solchen Firma gering sind. Ihre Schaffung ist der englischen „Limited“¹ zu verdanken, die seit einigen Jahren von deutschen Gründern als bequeme Alternative zu der Gründung einer GmbH gewählt wurde. Die Europäische Union machte es möglich, im Ausland eine Firma zu gründen, die aber im Inland ihre Geschäfte betreibt. Die englische Limited (Ltd.) hatte wegen sehr einfachen bürokratisch-juristischen Auflagen und minimal notwendigem Gründungskapital Vorteile gegenüber der deutschen GmbH.

Die Abwanderung vieler deutscher Gründer von der GmbH zur Ltd. machte eine Reaktion in der Bundesrepublik notwendig. Diese liegt nun in Form der UG vor, die jedoch hinsichtlich der Anforderungen ein Zwischending zwischen GmbH und Ltd. darstellt.

Mit der GmbH² ist die UG insoweit identisch, als auch sie eine Kapitalgesellschaft, also eine eigenständige juristische Person, darstellt. Sie hat als „Firma“ einen eigenen Namen und wird durch einen oder mehrere angestellte Geschäftsführer vertreten.

Die Gesellschafter der UG haben jedoch – im Gegensatz zur GmbH – keine Verpflichtung der Einlage von 25.000 € Stammkapital. Die Firma kann – wie die Ltd. – mit 1 € Eigenkapital gegründet werden. Dies ist auch der wichtigste Grund dafür, dass sich die UG nicht als GmbH bezeichnen darf, sondern zum Namen die Bezeichnung „Unternehmungsgesellschaft (haftungsbeschränkt)“ bzw. „UG (haftungsbeschränkt)“ zu tragen hat. Es soll für jedermann deutlich sein, dass die Firma nicht, wie die GmbH, über 25.000 € Gründungskapital verfügt, das im Fall der Insolvenz die Gründer verpflichtet und im Zweifel Rückgriff auf Privatvermögen ermöglicht. Für die Gesellschafter der UG bedeutet es, dass mit der Anmeldung im Handelsregister nur finanzielle Verpflichtungen im Umfang der Kapitaleinlage in die UG entstehen. Diese kann sich u.U. auf 1 € beschränken.

Die UG ist zwar mit geringem Eigenkapital zu gründen, was für viele Gründer eine wichtige Erleichterung ist, jedoch ist vom Gesetzgeber vorgesehen, aus diesem kapitalarmen Anfangszustand der UG auf Dauer eine echte GmbH mit normalem gezeichnetem Kapital von mindestens 25.000 € zu formen. Dies soll erreicht werden, indem mindestens 25 % des Jahresüberschusses in die Rücklagen aufzunehmen sind, die nur zum Verlustausgleich oder zur Erhöhung des Stammkapitals verwendet werden dürfen. Solange dies nicht erreicht ist, bleibt der Status „haftungsbeschränkt“ bestehen. Erst wenn das Stammkapital auf das Minimum von 25.000 € erhöht und vom Notar zur Eintragung in das Handelsregister gemeldet ist, kann die Firma ihren Namenszusatz streichen und als normale GmbH firmieren.

¹ vgl. MARKT 43: Limited
² vgl. MARKT 13: GmbH

Warentest

Konstantin geht in einen Elektrofachhandel und möchte ein neues Mobiltelefon für seine Freundin kaufen. In der Abteilung für Telekommunikation sieht er über 50 Mobiltelefone. Er weiß zwar, dass seine Freundin mit ihrem Handy auch im Internet surfen und Fotos machen will, dennoch steht er vor einer riesigen Auswahl. Konstantin ist ratlos. Welches soll er auswählen? Haben teure Mobiltelefone eine bessere Qualität und mehr Funktionen? Eine der Verkäuferinnen möchte er nicht fragen, da er weiß, dass diese häufig Provisionen für den Verkauf spezieller Modelle bekommen. Konstantin möchte eine neutrale Beratung. Von seinem Freund erfährt er, dass es sogenannte „Warentests“ gibt.

Warentests werden von neutralen Institutionen durchgeführt. Dabei werden einzelne Waren bzw. Waren einer bestimmten Warengruppe (z.B. Mobiltelefone) bezüglich Qualität und Preis untersucht und verglichen. Sie dienen der Aufklärung über das verfügbare Warensortiment.

Stiftung Warentest

Eine der wichtigsten und bekanntesten Institutionen ist in Deutschland die „Stiftung Warentest“. Die Stiftung Warentest ist ein unabhängiges Warentestinstitut in der Rechtsform einer Stiftung des privaten Rechts. Die Stifterin ist die Bundesrepublik Deutschland. Seit dem 16. September 1964 hat die Stiftung ihren Sitz in Berlin und informiert seither Verbraucher über die Qualität von Waren und Dienstleistungen anhand objektiver Merkmale.

Merkmale der Stiftung Warentest

Die Stiftung Warentest veröffentlicht ihre Ergebnisse in den Zeitschriften „test“ und „Finanztest“ sowie auf deren Internetseite www.test.de. Daneben publiziert sie auch Bücher. Sowohl die Zeitschriften, Bücher als auch die Informationen auf der Internetseite sind für die Verbraucher kostenpflichtig. Durch die Einnahmen aus dem Verkauf der Zeitschriften und der Internetinformationen finanziert die Stiftung ihre Arbeit. Zusätzlich erhält sie finanzielle Zuschüsse vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie vom Bundesbildungsministerium. Dadurch kann sie Verbraucherinnen und Verbraucher unabhängig informieren, ohne von finanziellen Mitteln eines bestimmten Herstellers abhängig zu sein.

Aufgaben der Stiftung Warentest

Die Stiftung Warentest hat zwei wesentliche Aufgaben. Zum einen bestimmt sie objektive Merkmale bei Produkten, anhand deren sie miteinander verglichen werden können. Dazu zählen der Nutz- und Gebrauchswert sowie die Umweltverträglichkeit der Produkte. Zum anderen klärt sie Verbraucher über Qualität und Preise der Produkte auf. Ziel ist es, den Verbraucherinnen eine wirtschaftliche Haushaltsführung und ein gesundheits- und umweltbewusstes Verhalten zu ermöglichen.

Vorgehensweise

Die Stiftung Warentest führt im Jahr circa 200 vergleichende Warentests sowie Dienstleistungsuntersuchungen durch. Dabei werden Produkte aus fast allen Lebensbereichen getestet. Die Stiftung Warentest unterteilt ihre getesteten Waren in Kategorien. Diese

Wissensmanagement

Anita ist Bankkauffrau und kehrt nach einer dreijährigen Pause an ihren alten Arbeitsplatz zurück. Schnell merkt sie, dass sich viele Arbeitsabläufe und Computeranwendungen verändert haben. Mit ihrem Wissen von vor drei Jahren kann sie nicht mehr arbeiten. Gleich bei der ersten Gelegenheit fragt sie ihre Kollegin, Frau Schulz, wie hoch die Zinsen und Gebühren von Krediten sind. Aber auch Frau Schulz ist ratlos. Ähnlich erfolglos endet in vielen Unternehmen die Suche nach Experten oder nach bereits vorhandenem Wissen. Unternehmen sind mehr und mehr bestrebt, die erfolglose Wissensuche, wie wir sie bei Anita kennengelernt haben, zu bekämpfen. Aus diesem Grund hat sich in den letzten Jahren ein neues Aufgabengebiet herauskristallisiert, das Wissensmanagement.

Wissensmanagement bezeichnet „den bewussten und systematischen Umgang mit der Ressource Wissen und den zielgerichteten Einsatz von Wissen in der Organisation“. (Reinmann-Rothmeier et al. 2001, 18)

Ziel des Wissensmanagements ist es, das Know-how einzelner Mitarbeiter für die anderen verfügbar zu machen und dafür zu sorgen, dass es für den Unternehmenserfolg genutzt wird. Mit Hilfe des Wissensmanagements sollen Kosten eingespart, Prozesse und Strukturen verbessert, Qualität gesteigert und das Unternehmen kundenorientierter ausgerichtet werden. Mit Hilfe des Wissensmanagements sollen Betriebe über relevantes Wissen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort verfügen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss das Wissen der Mitarbeiter in einem Unternehmen festgestellt, dokumentiert, ausgetauscht, vernetzt und gefördert werden. Wie kann nun eine bessere Nutzung von Daten, Informationen und Wissen erreicht werden?

Bevor der Frage nachgegangen wird, müssen zunächst die Unterschiede zwischen den Begriffen Daten, Informationen und Wissen geklärt werden.

Der Begriff **Daten** umfasst isolierte und uninterpretierbare Fakten. Daten weisen zunächst keinen Bezug zu einer möglichen Verwendung auf. Daten können beispielsweise die von der Zentralbank veröffentlichten Zinssätze für Kredite sein. Diese Daten werden erst dann zu **Informationen**, wenn sie verknüpft und mit einer Bedeutung versehen werden, in dem sie z.B. zu einer Problemlösung beitragen. Überträgt Anita die aktuellen Zinssätze auf die richtige Kreditform hat sie Informationen. Die Informationen sind dann der Rohstoff für Wissen. Der Weg von der Information zum **Wissen** liegt in der fortschreitenden Vernetzung, das heißt, Informationen werden erst dann zu Wissen, wenn sie in einem Kontext (Erfahrungen/Vorwissen) eingebunden sind. Erst wenn Anita neben den Zinssätzen die sonstigen Kosten der Kreditvergabe ihrer Bank beachtet, hat sie die Information, wie teuer der Kredit für die Kundin ist. Informationen (z.B. Zinssätze) können gekauft und verkauft werden, Wissen (die eigene Beachtung aller Kosten) hingegen nicht.

Die größte Herausforderung beim Wissensmanagement liegt darin, dass Wissen häufig nur implizit bzw. indirekt vorliegt und nicht hinreichend dokumentiert wird. **Implizites Wissen** ist personengebunden, im Kopf einer Person gespeichert und somit für andere unzugänglich. Das implizite, auch stille Wissen, ist nicht sichtbar, besteht größtenteils aus Erfahrungswissen und ist uns häufig nicht bewusst (informell). Dagegen geht **explizites Wissen** aus stillem Wissen hervor, indem stilles Wissen in Berichten oder Protokollen gespeichert wird.

Die Unternehmergeellschaft (UG)

Auszug aus: GmbHG § 5a Unternehmergeellschaft

- (1) Eine Gesellschaft, die mit einem Stammkapital gegründet wird, das den Betrag des Mindeststammkapitals nach § 5 Abs. 1 unterschreitet, muss in der Firma abweichend von § 4 die Bezeichnung „Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)“ oder „UG (haftungsbeschränkt)“ führen.
- (2) Abweichend von § 7 Abs. 2 darf die Anmeldung erst erfolgen, wenn das Stammkapital in voller Höhe eingezahlt ist. Sacheinlagen sind ausgeschlossen.
- (3) In der Bilanz des nach den §§ 242, 264 des Handelsgesetzbuchs aufzustellenden Jahresabschlusses ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden, in die ein Viertel des um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses einzustellen ist. Die Rücklage darf nur verwandt werden
1. für Zwecke des § 57c;
 2. zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags, soweit er nicht durch einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gedeckt ist;
 3. zum Ausgleich eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr, soweit er nicht durch einen Jahresüberschuss gedeckt ist.

Ganz so einfach wie in England, wo von Deutschland aus die Gründung einer Ltd. per Internet in wenigen Tagen erfolgen konnte, wollte der deutsche Gesetzgeber jedoch den Start in das Unternehmerleben dem Gründer nicht machen. Ein Notar ist nach wie vor notwendiger Begleiter bei Vertragsabschluss und Kontakt mit Registergericht. Allerdings ist dem Sicherheitsstreben der deutschen Bürokratie ein „Musterprotokoll“ entsprungen, das den Notar weiterhin beschäftigt, jedoch in viel geringerem Maße. Soweit die UG wirklich klein ist und maximal 3 Gesellschafter sowie nur einen Geschäftsführer aufweist, kann man den Gesellschaftsvertrag mit Hilfe des sog. „Musterprotokolls“ erstellen, das als Anlage zum GmbH-Gesetz vorliegt und im Internet inzwischen von vielen Unternehmensberatern mit kostenträchtiger Hilfestellung angeboten wird.

Es dürfen dabei allerdings keinerlei individuelle, vom Gesetz abweichende Bestimmungen, eingefügt werden, die bei normaler Anmeldung mit Notar ohne Weiteres möglich wären. Dafür spart man aber Kosten, da der Notar von Beratungen und Hilfeleistungen entbunden ist.

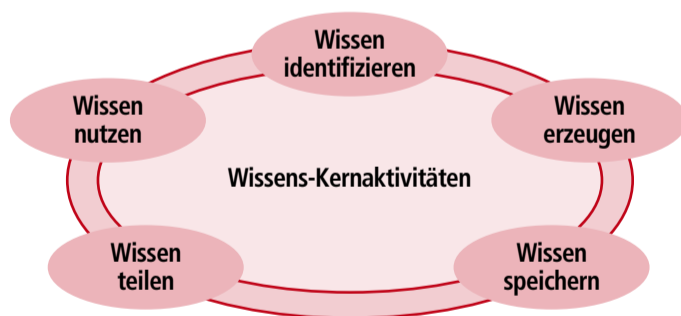
Die Schaffung der neuen Regeln für die Gründung einer „kleinen“ GmbH ist von den Gründern begrüßt worden, denn es sind in kurzer Zeit sehr viele Neugründungen von UGs entstanden. In verschiedenen Veröffentlichungen wurden mehr als 1500 Gründungen allein in Bayern bis Mitte 2009 gemeldet. Dabei kommt aber nicht zum Ausdruck, wie viele die Musterprotokolle benutzten.

Ein wesentlicher Vorteil der Gründung einer UG – der allerdings auch mit Risiken verbunden ist – besteht in der Namensfindung. Die bisherigen GmbH-Gründungen beanspruchten beim Gründer sehr viel Geduld und Zeitaufwand beim bürokratischen Hürdenlauf, zu dem auch die Genehmigung des Firmennamens mit Beratung und Zuweisung durch die IHK gehörte. Nunmehr ist die Wahl einer Personen-, Sach- oder Phantasiebezeichnung freigestellt. Das Risiko liegt darin, dass aus Wettbewerbsgründen u.U. eine nachfolgende Klage auf den Gründer zukommt, der dann evtl. den Firmennamen ändern muss. Die heutige Vernetzung per Internet hilft jedoch, selbst entsprechende Recherchen vorzunehmen, um diesem Risiko aus dem Weg zu gehen.

MARKT Ausgabe 46

Wissensmanagement

Unternehmen wissen oftmals gar nicht explizit, welches und wie viel Wissen sich in ihrer Unternehmung verbirgt. Somit ist es von entscheidender Bedeutung, Wissen zu erkennen und dieses so aufzubereiten, dass es betriebswirtschaftlich genutzt werden kann. Dabei ist es möglich, unterschiedliche Aktivitäten durchzuführen, um Wissensprobleme im Unternehmen zu lösen. Der Zyklus der Wissenskernaktivitäten ist in folgender Abbildung dargestellt:



(Ewald Mittelstädt 2009)

In den oben genannten Wissenskernaktivitäten spiegeln sich die nachfolgenden vier Teilbereiche des Wissensmanagements wider:

Bei der **Wissensrepräsentation** wird personengebundenes Wissen, das durch individuelle Erfahrungen der Beschäftigten entsteht und beim Austritt dieser Beschäftigten aus dem Unternehmen verloren geht, an das Unternehmen gebunden. Dazu wird das vorhandene Wissen erfasst, strukturiert, sinnvoll gegliedert, visualisiert und abgebildet. In einem nächsten Schritt wird das Wissen öffentlich gemacht, dokumentiert und dauerhaft gespeichert.

Bei der **Wissenskommunikation** wird Wissen dorthin gebracht, wo man es benötigt, damit man es austauschen und kommunizieren kann. Zu Beginn kommuniziert und verteilt man das vorhandene Wissen. Dann betreibt man Beziehungsmanagement, richtet Netzwerke ein und optimiert die Wissensflüsse. Anschließend werden Gemeinschaften gebildet. Die Wissenskommunikation kann persönlich oder auf Basis des Internets erfolgen.

Bei der **Wissensgenerierung** schafft man eine innovations- und wissensfreundliche Unternehmenskultur. Dabei ist die Bereitschaft notwendig, aus Fehlern zu lernen, externe Experten einzuladen, die auf Fehler hinweisen und neue Ideen vorstellen. In einem weiteren Schritt werden innovative Ideen und Lernen aus Erfahrungen gefördert. Die Unternehmung nutzt Bildungsangebote und Fachliteratur.

Bei der **Wissensnutzung** wird neues Wissen mit dem Ziel genutzt, neue Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln sowie die Qualität bestehender Prozesse zu steigern. Neue Theorien werden in Handeln umgewandelt. Das Unternehmen lernt aus Erfahrungen und setzt das Gelernte in der betrieblichen Praxis um. Außerdem löst man betriebliche Probleme durch vorhandenes Wissen und überprüft das Wissen auf seine Umsetzbarkeit.

MARKT Ausgabe 46

Terms of Trade

Weltmarktpreise für Rohstoffe sind großen Fluktuationen ausgesetzt. Über lange Zeiträume haben sich Afrikas „Terms of Trade“, ... verschlechtert. Afrikanische Regierungen reagierten auf die Schwankungen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt mit Mechanismen, die einen Preisverfall verhindern oder zumindest seine sozialen und ökonomischen Folgen abfedern sollten. Doch blieben diese von allenfalls kurzfristigem Erfolg.

aus: Axel Harneit-Sievers: Rohstoffe für den Export, in:

http://www1.bpb.de/themen/RQMPAL,0,Rohstoffe_f%FCr_den_Export.html

Nicht zuletzt ist der sehr stark schwankende Ölpreis an laufenden Veränderungen der Terms of Trade schuld, von denen letztlich bei Entwicklungsländern die Möglichkeit der Finanzierung von wichtigen technologischen Anlagen aus den Industrieländern und/oder der Beschaffung von Energie aus den erdölexportierenden Staaten abhängt. Hoch entwickelte Volkswirtschaften wie die Bundesrepublik, die zudem exportstark ist, werden bei rückläufigen Terms of Trade zwar sinkende Überschüsse verzeichnen und bei ständig variierenden Terms of Trade sich höheren Anforderungen in unterschiedlichen Branchen gegenübergestellt sehen, doch keineswegs in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Dies hat sich in der Vergangenheit seit 1973 bei den extremen Schwankungen der Mineralölpreise deutlich gezeigt, als zeitweise ein erheblich größerer Anteil der Exporteinnahmen der deutschen Wirtschaft für die Ölversorgung abfloss, dann jedoch wieder eine Umkehr stattfand.

Insbesondere die ärmeren Entwicklungsländer – mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen – stehen jedoch in solchen Situationen vor Fakten, bei denen es um das ökonomische Überleben geht. Sie haben kaum Reserven, um Zeiten von schlechten Terms of Trade

durchzustehen und i.d.R. auch keine Chance, durch wirtschaftspolitische Kooperationen analog zur OPEC (s. MARKT 30) ihre Angebote zu verteuern. So stehen sie fast ständig unter dem Druck, bei ihrer Entwicklung von dem Wohlwollen der „großen Brüder“ abhängig zu sein, die jedoch nicht viel dafür taten. Im Grunde wird über die Entwicklung der Terms of Trade der globale Produktionswert verteilt. Wer seine Terms of Trade verbessert, schneidet sich damit ein größeres Stück aus dem weltwirtschaftlichen Kuchen heraus.

Erläuterung:

A = ökonomisch entwickelte Staaten

B = ökonomisch sich entwickelnde Staaten

B1 = darunter: Hauptexporteure von Öl

B2 = darunter mit niedrigem BIP pro Kopf

Terms of Trade Index: Jahr 2000 = 100

Jahr	A	B	B1	B2
1980	97	117	168	107
1990	103	101	86	95
1995	105	102	61	99
1996	103	102	74	100
1997	104	103	69	103
1998	105	100	50	102
1999	105	99	65	99
2000	100	100	100	100
2001	101	98	93	100
2002	102	98	92	100
2003	103	98	104	98
2004	103	100	121	96
2005	100	105	156	94
2006	99	107	171	92

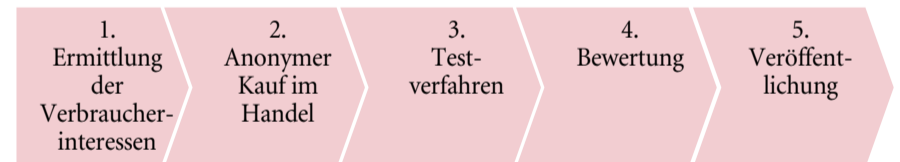
Quelle: UNCTAD; Handbook of Statistics, versch. Jahrgänge, in: <http://www1.bpb.de/wissen/MTOKQ0,0,0,Impressum.html>

MARKT Ausgabe 46

Warentest

Kategorien, wie z.B. „Neu auf dem Markt“, „Lebensmittel“, „Arzneimittel“, „Finanzen“, erleichtern es Verbrauchern, schnell die gesuchte Information zu finden.

Die Bewertung eines Produktes findet in mehreren Schritten statt (siehe Abbildung):



- Erster Schritt: Ermittlung der Verbraucherinteressen anhand von Fragebögen in der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift „test“. Parallele Recherche von Redakteuren nach neuen Entwicklungen und Produkten auf dem Markt.
- Zweiter Schritt: Zuordnung der Produkte zu bestimmten Kategorien. Diese Produkte werden im Handel anonym gekauft. Bei Saisonartikeln gilt die Besonderheit, dass die Waren direkt vom Händler gekauft und getestet werden, bevor sie auf den Markt kommen.
- Dritter Schritt: Festlegung, mit welchen Methoden die Eigenschaften und Kriterien geprüft werden. Vergabe des Testauftrages an unabhängiges Fachpersonal.
- Vierter Schritt: Vergabe von Bewertungen von „sehr gut“ bis „mangelhaft“ auf Basis objektiver Untersuchungsergebnisse.
- Fünfter Schritt: Auswertung des Gutachtens und Veröffentlichung des Qualitätsurteils.

Die Stiftung Warentest genießt in der Bevölkerung ein hohes und anerkanntes Ansehen. Konstantin hat sich entschieden, bei der Stiftung Warentest Informationen über Mobiltelefone auf deren Internetseite einzuholen. Die Stiftung Warentest gibt ihm Aufschluss über die Qualität der Ware, die anhand speziell ausgewählter Methoden ermittelt wurde. Das Ergebnis erleichtert ihm die Wahl für ein bestimmtes Mobiltelefon. Zusätzlich hat er aufgrund des beschränkten Seitenumfanges der Testergebnisse den Eindruck, dass das Warenangebot an Mobiltelefonen übersichtlich ist. Er hat herausgefunden, dass die Kurzfassungen der Ergebnisse kostenlos auf der Homepage einsehbar sind.

Da die Stiftung Warentest über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügt, hat sie einen hohen Einfluss auf das Konsumverhalten. Gleichmaßen machen sich viele Hersteller eine gute Bewertung zunutze, indem sie diese auf der Verpackung und in der Werbung kenntlich machen und so die Verbraucher zum Kauf der Produkte anregen.

MARKT Ausgabe 46